



© Raimond Spekking / CC BY-SA-3.0 (via Wikimedia Commons)

Zurück in die Vergangenheit

Braunkohleförderung beschleunigt die Erderwärmung, zerstört Natur und nimmt Menschen ihre Heimat. Dennoch erlaubt Potsdam einen neuen Tagebau in der Lausitz

Der 3. Juni 2014 wird als das Datum in die Geschichte eingehen, an dem sich Brandenburg endgültig vom Klimaschutz verabschiedet hat. An diesem Tag beschloss die Landesregierung einen Braunkohlenplan, der einen neuen gigantischen Tagebau in der Niederlausitz nahe der Grenze zu Sachsen vorsieht: Welzow-Süd II. Direkt neben dem bestehenden Tagebau Welzow I darf der CO₂- und Atomkonzern Vattenfall rund 204 Millionen Tonnen Braunkohle aus der Erde holen, um sie anschließend in seinen wenig effizienten Kraftwerken zu verbrennen. Damit erhöht sich in Brandenburg die Menge der zur Förderung freigegebenen Braunkohle um ein Fünftel.

Die Landesregierung tut also genau das Gegenteil von dem, was nötig wäre, um den Klimawandel zu bremsen. An Unwissenheit kann es nicht liegen, hatten doch sowohl die Umweltministerin als auch der von der Regierung selbst bestellte Nachhaltigkeitsrat gewarnt, dass das amtliche Ziel, bis 2030 den CO₂-Ausstoß um mehr als die Hälfte zu reduzieren, dadurch in weite Ferne rückt. Gegenwärtig entweichen in Brandenburg jährlich etwa 60 Millionen Tonnen des Treibhausgases, davon gehen allein 42 Millionen Tonnen auf die Rechnung der Braunkohleverstromung. Selbst wenn es gelänge, die Emissionen aus allen anderen Quellen, etwa aus Verkehr, Industrie und Landwirtschaft, auf null zu reduzieren, läge der braunkohlebedingte CO₂-Ausstoß deutlich über der für 2030 angepeilten Marke von 25 Millionen Tonnen. Wir müssen spätestens bis 2040 aus der Braunkohleförderung und -verstromung aussteigen, denn keine andere Form der fossilen Energiegewinnung ist so zerstörerisch und gleichzeitig so wenig

effizient wie diese vermeintlich unentbehrliche „Brückentechnologie“. Beispiel Jänschwalde: Das östlich von Cottbus gelegene Kraftwerk hat einen Wirkungsgrad von gerade einmal 36 Prozent, der Rest verpufft ungenutzt in der Atmosphäre. Der BUND fordert, Jänschwalde ab 2020 und Schwarze Pumpe bei Spremberg ab 2030 Block für Block zu demontieren.

Fehlerhafte Gutachten ohne Folgen

Doch selbst ohne Stilllegung bedarf es keiner neuen Tagebaue. Bei einer Anhörung Ende 2013 musste der vom Wirtschaftsministerium beauftragte Gutachter einräumen, den Verbrauch des sächsischen Kraftwerks Boxberg, das von Welzow-Süd II beliefert werden soll, um 91 Millionen Tonnen Kohle zu hoch berechnet zu haben. Bedenkt man zudem, dass jährlich vier Millionen Tonnen – über 20 Jahre gerechnet also 80 Millionen Tonnen – gar nicht in die Kraftwerke, sondern in die Produktion von Briketts gehen, wird eines deutlich: Zur Stromversorgung braucht die Region keinen neuen Tagebau.

Aber Vattenfall braucht den neuen Tagebau, und zwar möglichst schnell, denn im September wird nicht nur in Brandenburg, sondern auch in Schweden gewählt. Gut möglich, dass eine neue schwedische Regierung bei den deutschen Geschäften des Staatskonzerns genauer hinsieht. Die größten Fans der Braunkohleförderung sitzen nicht in Stockholm, sondern in Potsdam. Die SPD, deren umweltpolitische Sprecherin im Landtag auch Aufsichtsrätin der Vattenfall-Bergbauparte ist, wird noch bis 2090 die letzte Kohle aus dem Lausitzer Boden holen und verbrennen, wenn sie nie-

mand daran hindert. Ihr Koalitionspartner hat dies verpasst, indem er Welzow-Süd II durchwinkte. Dabei hatte die Linke 2008 noch ein Volksbegehren gegen neue Tagebaue mitinitiiert. Jetzt behauptet sie, es sei noch keine Entscheidung für Welzow-Süd II gefallen, die müsse das Bergbauamt treffen. Eine dreiste Lüge. Der Braunkohlenplan ist, ähnlich wie ein Bebauungsplan, rechtlich bindend. Wenn ein Unternehmen die Absicht hat, den darin vorgesehenen Tagebau zu errichten, hat es einen Rechtsanspruch darauf, alle weiteren Genehmigungen sind Formsache.

Mit dem Braunkohlenplan hat Rot-Rot einen Beschluss für die Ewigkeit gefasst, der auch von Nachfolgeregierungen nur rückgängig gemacht werden kann, wenn kein Bergbauunternehmen einen Antrag auf Kohleförderung gestellt hat. Der BUND will gemeinsam mit den Proschimern, Greenpeace und der Umweltgruppe Cottbus diesen Irrsinn mit einer Normenkontrollklage stoppen. Der Tagebau schreibt die Kohleverstromung auf Jahre fest, bedroht die Wasserqualität in der Region (Seite 2) und zerstört nicht zuletzt die Heimat vieler Menschen. Vattenfall möchte 1.909 Hektar umgraben; das entspricht der Fläche des Berliner Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg. Mehr als 800 Menschen sind im Weg, darunter auch sämtliche Einwohner des intakten Dörfchens Proschim mitsamt Kirche, Friedhof, Vereinen und Dorfkneipe (Seite 3). Dass unter den Betrieben, die die Landesregierung enteignen will, auch erfolgreiche Produzenten erneuerbarer Energien sind, gibt dem Ganzen eine reichlich bizarre Note. *sp*

www.bund-brandenburg.de/kohle

Inhalt

THEMA

Braunkohle

Kohle und Wasser: Wer kommt für die Umweltschäden der Tagebaue auf?

Seite 2

„Die Widersprüche sind unlösbar“: Interview mit Johannes Kapelle

Seite 3

AKTUELL

Nachhaltigkeit soll olympisch werden

Seite 4

Flächenrecycling

Seite 4

Wenn die Masse kritisch wird

Seite 5

Weg da! Zu viele parkende Autos auf Radspuren

Seite 5

Reparieren leicht gemacht: BUND eröffnet Repair Café

Seite 6

Politiker in der Umweltverträglichkeitsprüfung

Seite 6

NATUR ERLEBEN

Gottes Werk und Teufels Beitrag: Unterwegs in bedrohten sorbischen Dörfern

Seite 7

ÖKOTIPP

Kohle nur noch zum Grillen

Seite 7

KURZ & BUND

Menschenkette gegen Kohlewahn

Seite 8

Braunkohle in Zahlen

Seite 8

Kohle und Wasser

Noch Jahrzehnte nach ihrer Stilllegung verschmutzen Braunkohletagebaue die Umwelt. Bislang gibt es keinen Fonds, über den Vattenfall die Schäden von morgen bezahlt

Vor fünf Jahren kam im sachsen-anhaltinischen Nachterstedt die Uferböschung des Concordiaesee auf einer Fläche von sechs Fußballfeldern innerhalb von Sekunden ins Rutschen und versank im See. Drei Menschen, die in einem Haus am Ufer wohnten, wurden dabei in den Tod gerissen. Beim Concordiaesee handelt es sich nicht um ein natürliches Gewässer, sondern um ein ehemaliges Tagebauloch, das mit Wasser aufgefüllt wurde, wie so viele andere ausgediente Kohlegruben. Kein Wunder, dass viele Anwohner der künstlichen Seen in der Lausitzer Bergbaufolgelandschaft ihren neu gewonnenen Seeblick nicht wirklich genießen können. 2010 kam es zu einem Erdbeben am Bergener See bei Hoyerswerda im sächsischen Teil des Kohlereviers, bei dem wie durch ein Wunder keine Menschen zu Schaden kamen, lediglich 83 Schafe versanken in einem Wasser-Schlamm-Gemisch. Und Ende Juni 2014 fiel die Entscheidung, die Grubenteichsiedlung in Lauchhammer aufzugeben, da ihre Sicherheit nicht garantiert werden kann.

Der Plan, die aufgegebenen Tagebaue durch eine Flutung zu revitalisieren, geht nicht auf. Dabei sind die unsicheren Uferzonen nur ein Problem. Die neuen Gewässer sind biologisch so gut wie tot, weil die Tagebaue schwefel- und eisenhaltige Gesteine aus der Erde geholt haben, die bei Kontakt mit Luft und Wasser zerfallen und zu Eisenhydroxid und Schwefelsäure werden. Der hohe Sulfatanteil lässt die Tagebaue versauern. So hat der Sedlitzer See an der brandenburgisch-sächsischen Landesgrenze einen pH-Wert von 3,1. Je geringer der pH-Wert, desto saurer. Neutral sind Substanzen bei 7, Wein hat einen pH-Wert von 4, Apfelsaft liegt bei 3,5 und Essig bei 2,5. Welche Fische sollen in einem solchen Säurebad leben?

Boden verwüstet, Wasser vergiftet

Die zunächst naheliegende Lösung, das saure Seewasser mit Oberflächenwasser zu vermischen, funktioniert nicht, da mit der Spree und ihren Zuflüssen die Fließgewässer der Region an Wasserknappheit leiden. Die ausgedienten Tagebaulöcher stattdessen mit Schutt zu verfüllen, hilft auch nicht viel: Es dauert Jahrhunderte, bis wieder eine für Land- und Forstwirtschaft geeignete Humusschicht entsteht, zudem birgt der nicht verfestigte Boden das Risiko eines Erdrinns, so dass riesige Flächen dauerhaft von Menschen nicht betreten werden dürften. An vielen Stellen der künstlichen Seenkette ist daher das Baden verboten. Der Braunkohletagebau hat eine Situation geschaffen, für die es keine überzeugende Lösung gibt. Und jeder neue Tagebau vergrößert das Problem und verlängert es in die Zukunft.

Leider gelangen die aus den aufgegebenen Tagebauen austretenden Substanzen Eisenhydroxid und Sulfat nicht nur in die künstlichen Seen, sondern auch in die Fließgewässer. Das Eisenhydroxid, das dem Wasser eine bräunlich-schlammige Färbung gibt, ist für Menschen zwar unproblematisch, verstopft aber die Kiemen der Fische. Der größte Teil dieser Eisenfracht, die im Wasser absinkt, wird von der Talsperre Spremberg aufgehalten, droht aber mit der nächsten Flut in den Spreewald gespült zu werden – ein Katastrophenszenario

für diese vom Tourismus lebende Region. Im Gegensatz zum Eisenhydroxid löst sich das verdauungsfördernde Sulfat im Wasser und lässt sich nicht filtern. Im Wasserwerk Briesen, das Frankfurt versorgt, muss dem aus Uferfiltrat der Spree geförderten Trinkwasser bereits Grundwasser beigemischt werden, um die Sulfat-Grenzwerte einzuhalten. Berlin, das sein Trinkwasser zu rund 70 Prozent aus Uferfiltrat von Spree und Havel gewinnt, ist noch nicht von bedenklich steigenden Sulfat-Werten betroffen, da im Südosten der Stadt viel kalkhaltiges Wasser in die Spree gelangt, das die Säure neutralisiert. Aber wird das auf Dauer reichen, wenn weitere aktive und stillgelegte Tagebaue die Spree versauern? Berlin täte gut daran, über das Instrument der Gemeinsamen Landesplanung den Brandenburger Kohleirrsinn zu stoppen. *sp*



Sümpfungswasser aus dem Tagebau Welzow I, das über die Kochsa in die Spree oberhalb der Talsperre Spremberg gelangt

© Axel Krausch

EDITORIAL

von Burkhard Voß und Heide Schinowsky



Liebe Leserinnen und Leser,

erinnern Sie sich noch an Manfred Stolpe? Der hatte in den Neunzigerjahren versprochen, dass Homo das letzte Dorf in Brandenburg gewesen sein soll, das dem Braunkohletagebau zum Opfer gefallen ist. Der heutige Ministerpräsident Dietmar Woidke fühlt sich an das Wort seines Vorgängers nicht gebunden. Er hat Vattenfall genehmigt, das jahrhundertalte Lausitzdorf Proschim abzubauen, um den Tagebau Welzow-Süd II zu errichten.

Und damit noch nicht genug: Auf Vattenfalls Wunschliste stehen in Brandenburg der Tagebau Jämschwalde Nord – wo sich die Dörfer Atterwasch, Kerkwitz und Grabko befinden – und zwei weitere Tagebaufelder.

Dabei gibt es auch ohne dieses staatlich-private Vertreibungsprogramm wahrlich genügend Gründe für einen schnellen Ausstieg aus der Braunkohleverstromung bis 2040: die miserable Klimabilanz, die Feinstaubemissionen, die Risiken für Wasserhaushalt und Trinkwasserversorgung, die irreparablen Landschaftsschäden ...

Der BUND kämpft in Brandenburg und Berlin gegen diesen Wahnsinn. Wie Sie uns dabei unterstützen können, steht in dieser BUNDzeit.

Es grüßen Sie sehr herzlich

Heide Schinowsky *H.S.*

„Die Widersprüche sind unlösbar“

Johannes Kapelle, langjähriger Bewohner des vom Tagebau Welzow-Süd II bedrohten Dorfs Proschim, über die Gründe, sich gegen Vattenfalls Braunkohlepläne in der Lausitz zu wehren

BUNDzeit: Herr Kapelle, bitte beschreiben Sie uns Ihr Dorf, das nach dem Willen von Landesregierung und Vattenfall weggebaggert werden soll.

Johannes Kapelle: Proschim liegt zwischen Welzow und Spremberg und gehört zu den noch weitgehend erhaltenen Dörfern sorbischen Ursprungs, eine wendisch-deutsche Siedlung mit einem Kernbestand größerer Bauernhöfe und einem Hauptanger. Es ist ein Dorf, das sehr einheitlich wirkt. Durch den Tagebau mussten wir bisher schon viele Flächen einbüßen, Land- und Forstwirtschaft sind aber nach wie vor sehr leistungsstark. Viele Menschen aus der Umgebung kommen zur Arbeit hier her. In der Umgebung sind viele Dörfer durch den Tagebau geschumpft, die Flächen sind verschwunden. Wir haben nur noch 70 Prozent unserer Fläche, der Rest ging an den schon aktiven Tagebau Welzow.

War das Leben am Tagebau schon immer eine ständige Bedrohung?

Ich selbst wohne über 50 Jahre hier, meine Frau schon ihr ganzes Leben lang. Seit 1870 ist hier Bergbau in irgendeiner Form. Die Menschen sind den Tagebau gewöhnt, aber das Dorf wurde nie angetastet. Unsere Kirche wurde 1919 mit Prüfung von Kohlefachleuten gebaut. Man wusste, dieses Dorf ist zu wertvoll in seiner Struktur und in seiner Verkehrslage. Es ist ein lebenswerter Raum, den man respektieren muss, wie der damalige Umweltminister Töpfer nach der Wende sagte. Man kann nicht das letzte zentrale Dorf in der Region einfach ausradieren.

Wann wurde das Dorf Proschim erstmals bedroht?

1984 kamen die ersten Pläne, die aber von der Wende gestoppt wurden. Die Braunkohleproduktion in Ostdeutschland wurde damals von 330 auf 60 Millionen Tonnen reduziert. Nachdem viel Geld in die Dorferneuerung geflossen ist, glaubten wir nicht mehr, dass der Tagebau kommen könnte. Mit den Bergbaubetreibern haben wir immer nach Lösungen gesucht, die bisher entstandenen Schäden zu beseitigen. 1995 haben wir zusammen mit der Laubag, die in Vattenfall aufgegangen ist, den Zollhausteich auf einer Fläche von 1,4 Hektar wiederhergestellt, früher hatten wir allerdings 40 Hektar Teiche, die durch die Entwässerungsmaßnahmen zerstört wurden. Als 2007 ein Antrag von Vattenfall kam, das Feld II zu aktivieren, war das einer eigentlich schönen Entwicklung geschuldet, nämlich dass der Militärflugplatz Welzow nicht mehr gebraucht wurde. Aber unter dem Flughafen liegen 70 Millionen Tonnen Kohle, die die Raffgier weckten. Auch im Wohnbezirk V von Welzow befindet sich ein großes Kohlefeld, das dann unter Proschim ausläuft.

Wie ist die Stimmung im Dorf?

Einige Neuangesiedelte nenne ich spaßhaft „trojanische Pferde“, die sind als Angestellte des Tagebaus gekommen, finden die Kohle eine gute Sache und haben als Mieter nicht so große Probleme, wenn sie Häuser verlassen müssen, die nicht ihre eigenen sind. Die Vattenfall-Angestellten haben natürlich Hemmungen, sich gegen die Pläne ihres Betriebs zu wenden, was ich verstehen kann.

Zur Person

Johannes Kapelle, geboren 1936, arbeitete nach seinem Studium der Mathematik, Physik und Landwirtschaft unter anderem im Rechenzentrum Landwirtschaft in Cottbus. Seit sechs Jahrzehnten spielt er die Orgel der Proschimer Kirche. Einem größeren Publikum wurde er als Hauptdarsteller des Kurzfilms „Opa ohne Lobby“ bekannt.

Bezieht Proschim Strom aus Braunkohle?

Nein, im Gegenteil: Wir exportieren Strom aus erneuerbaren Energien. Die Leute, die eigene Häuser haben, können mühelos mehr als 30 Kilowatt Fotovoltaik installieren. Meine Frau und ich zum Beispiel: Auf einer Fläche, die wir verpachten, steht eine Windkraftanlage. Seit 1992 haben wir eine Holzheizung, außerdem 25 Kilowatt Fotovoltaik zum Verkauf sowie eine Fotovoltaikanlage, die von morgens bis abends vier bis fünf Kilowatt zum Eigenverbrauch liefert. In der Summe hat unser Dorf 13 Megawatt Windkraft, eine Biogasanlage mit 530 Kilowatt und über 1.000 Kilowatt Fotovoltaik. Wir versorgen 15.000 Menschen mit Strom.

Wie lebendig ist das Dorf Proschim?

Im Augenblick baut ein junger Mann wieder auf dem Hof seiner Familie. Und wir haben heute noch einen Hof, in dem vier Generationen unter einem Dach wohnen. Wir haben sehr viele Vereine, zum Beispiel die traditionelle Landfrauenbewegung. Ein relativ junger Verein kümmert sich um unsere historische Mühle und sammelt das alte Kulturgut sämtlicher Dörfer der Umgebung, die für den Tagebau devastiert wurden. Da ist inzwischen eine wertvolle Sammlung über Imkerei, Schuhmacherei, Milchwirtschaft und Landwirtschaftstechniken zusammengelassen. Proschim ist ein von lebendiger Vielfalt geprägtes Dorf.

Wie geht es nach der Entscheidung der Landesregierung gegen Proschim weiter?

Die politische Entscheidung der Landesregierung ist bedauerlich, sie hat für uns aber keine Bedeutung. Die Fortführung von Tagebauen ist energiewirtschaftlich nicht mehr erforderlich, darin stimmt die Mehrheit der Fachleute überein. Deshalb werden wir uns mit allen uns denkbaren Mitteln zur Wehr setzen und für Proschim kämpfen. Die Heimat lässt man sich nicht abkaufen, die Heimat verteidigt man.

Sie sagen, es gibt unlösbare Widersprüche im Zusammenhang mit dem Tagebau. Was meinen Sie damit?

Widerspruch 1: Es kann keine wirkliche Akzeptanz für den Tagebau geben. Verantwortungsbewusste Proschimer werden ihr Eigentum nicht verkaufen, denn ein lebendiges Dorf mit all seinen Verbindungen zur Umgebung, seinen Wäldern, Feldern und Teichen kann man nicht verpflanzen.

Widerspruch 2: Der Tagebau gefährdet die Lausitzer Seenkette, besonders ihren Nordrand. An den Kanten wird es trotz Dichtwand Probleme geben.

Widerspruch 3: Der Tagebau steht im Konflikt zum Minderheitenschutz, die sorbische Identität ist aber zu schützen.

Widerspruch 4: Der Tagebau verhindert intelligentes Wachstum, indem er die Energiewende ausbremst.

Diese Widersprüche sind unlösbar, und hier wird unser Widerstand zur Pflicht.

Das Gespräch führte Sebastian Petrich



© BUND Brandenburg

Was plant Vattenfall in Proschim?

Eine detaillierte Wunschliste des Kohlekonzerns von 2007 („Verfahrensführende Unterlagen“), auf deren Basis der Braunkohlenplan der Landesregierung zu Welzow-Süd II entstanden ist, findet sich unter www.kurzlink.de/proschim.

Was treibt Vattenfall in der Region?

Im brandenburgischen Teil der Lausitz fördert Vattenfall Braunkohle in den Tagebauen Welzow I, Jämschwalde und Cottbus-Nord, dazu in Nochten I und Reichwalde in der sächsischen Lausitz. Folgende neue Tagebaue sollen neben Welzow-Süd II errichtet werden, wenn es nach Vattenfall geht: Nochten II in Sachsen und in Brandenburg Spremberg-Ost, Bagenz-Ost und Jämschwalde-Nord. Dem Letzteren sind die drei sorbischen Dörfer Atterwasch, Grabko und Kerkwitz im Weg. www.lausitzer-braunkohle.de

BUND-Broschüre „Bedrohte Lausitz“

Die Broschüre, die detailliert die Auswirkungen der in Brandenburg geplanten Tagebaue auf Natur und Umwelt darstellt, hat seit ihrem Erscheinen 2008 leider nichts an Aktualität verloren. Bestellung der Druckversion beim BUND Brandenburg oder Download unter www.kurzlink.de/bedrohtelausitz

Kohleausstieg selber machen

Die vier großen Atom- und Kohlekonzerne Eon, EnBW, RWE und Vattenfall sabotieren die Energiewende. Glücklicherweise gibt es Alternativen. Seit Anfang 2014 ist der Strom der Ökoanbieter sogar billiger als der der schmutzigen Konkurrenz. Wechseln auch Sie jetzt zu 100 Prozent echtem Ökostrom. www.atomausstieg-selbermachen.de

Ihre Spende hilft

Der BUND kämpft für den schnellen Ausstieg aus der Braunkohle – und Sie können uns unterstützen! Mit Ihrer Hilfe nehmen wir Gewässerproben in der Tagebauregion und ergreifen juristische Maßnahmen, um die Brandenburger Landesregierung und Vattenfall an der weiteren Zerstörung von Dörfern und Natur zu hindern. Bitte spenden Sie mit dem Verwendungszweck „Braunkohle“ an: BUND Brandenburg, IBAN: DE24 4306 0967 1153 2782 00, BIC: GENODEM1GLS

Wie sauer die Seen sind

Die bundeseigene Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft (LMBV) hat die Aufgabe, die ehemaligen Tagebaue Ostdeutschlands zu sanieren. Auf ihrer Website finden sich mehr oder weniger aktuelle Informationen zum Säuregehalt der künstlichen Seen in der Lausitz. www.kurzlink.de/lmbv

Wo die Spree braun ist

Der Verockerungsgrad in den Zuflüssen der Spree und in den verschiedenen Bereichen der Spree selbst ist sehr unterschiedlich. Einen guten Überblick über Verockerung und geplante Säuberungsmaßnahmen bietet die Seite des Aktionsbündnisses Klare Spree. www.klare-spree.de

Von wegen Gemeinsame Landesplanung

Als Ergebnis der gescheiterten Länderfusion 1996 haben Berlin und Brandenburg eine Behörde namens „Gemeinsame Landesplanung“ gegründet. Bei der Entscheidung über den neuen Braunkohletagebau, der über dieses Jahrhundert hinaus gravierende Folgen für die ganze Region haben wird, hat Berlin fahrlässig auf seine Mitspracherechte verzichtet. Das kann aber noch nachgeholt werden. Zu diesem Schluss kommt ein Rechtsgutachten im Auftrag des BUND. www.bund-berlin.de/kohlegutachten

Protestgezwitscher

Alle Neuigkeiten im Kampf gegen die Braunkohle erfahren Sie unter www.twitter.com/kohleprotest

Nachhaltigkeit soll olympisch werden

Müssen Olympische Spiele immer teuer, umweltzerstörend und fremdgesteuert sein? Berlin könnte zeigen, dass es auch anders geht

Viel Geld für ein 17-tägiges Großspektakel ausgeben? Nicht wenige Menschen in der Hauptstadt begegnen einer möglichen Bewerbung für die Olympischen Sommerspiele 2024 mit Skepsis. Zu Recht, sind sportliche Megaevents wie Olympia oder Fußball-Weltmeisterschaften doch inzwischen ein Synonym für Steuergeldverschwendung in Milliardenhöhe, Korruption und eine fehlgeleitete Stadtentwicklung. Nach dem Volksentscheid zum Tempelhofer Feld ist daher auch der Berliner Politik bewusst, dass bei den Bürgerinnen und Bürgern eine milliarden schwere Olympiabewerbung trotz großer Sportbegeisterung keine Chance haben wird. Selbst ein „Olympia light“-Konzept wird nur dann auf Akzeptanz stoßen, wenn ein Bewerbungskonzept transparent und gemeinsam mit den Menschen entwickelt, die Kostenkalkulationen offen gelegt, die Risiken benannt und die Chancen nicht übertrieben dargestellt werden.

In Konflikt mit Natur- und Umweltschutz gerät Olympia vor allem dann, wenn es auf großen Um- und Neubau von Wettkampfstätten, Olympischem Dorf und Verkehrsinfrastruktur setzt. Aber wäre das überhaupt nötig? Mit dem Olympiastadion, der O2-Arena, der Max-Schmeling-Halle, dem Velodrom und dem Jahn-Stadion hat Berlin genügend Orte für größere Sportveranstaltungen. Die restlichen Wettkampfstätten könnten als mobile, temporäre Sportanlagen auf versiegelten Flächen dort entstehen, wo die Besucher am besten mit Bus und Bahn oder per Fahrrad hinkommen. Realisiert wurden solche temporären Arenen schon für mehr als 50.000 Zuschauer. Das erspart Berlin „weiße Elefanten“ wie bei der Fußball-WM in Brasilien oder bei den Winterspielen in Sotschi: teure Bauten, die nach den Wettkämpfen keine Funktion mehr haben.

Olympia 2024 ohne einen einzigen zusätzlichen Quadratmeter versiegelte Fläche: Nur so könnten nachhaltige Sommerspiele nachhaltig und stadtverträglich durchgeführt werden. Sportarten wie Ringen, Boxen oder Fechten könnten in den Messehallen oder in den Hangars von Tempelhof stattfinden, BMX-Fahren auf dem Rollfeld vor dem Flughafengebäude. Die Pferderennbahnen könnten nicht nur den Reitsportarten, sondern auch anderen Outdoor-Sportarten wie etwa Bogenschießen als Wettkampfort dienen. Das Olympische Dorf könnte auf einer bereits versiegelten Fläche entstehen, für die ohnehin eine neue Nutzung als Wohngebiet vorgesehen

ist. Dafür bieten sich Teile des Flughafengeländes in Tegel an – vorausgesetzt natürlich, es gelingt tatsächlich, die BER-Baustelle bis 2024 zu einem Flughafen umzufunktionieren.

Für Olympia müsste Berlin keine neuen Bahnstrecken oder Straßen bauen – für eine 17-tägige Veranstaltung wäre dies auch unsinnig. Da die Olympiade während der Schulferien stattfinden würde, wäre das Verkehrsaufkommen geringer als an normalen Werktagen. Es ist unabhängig von der Bewerbung sinnvoll, dass die S-Bahn und der ÖPNV besser funktioniert, das Radnetz ausgebaut, Schlaglöcher gestopft werden – dafür braucht Berlin Olympia nicht. Die Übernachtungskapazitäten sollten ausreichen, ist doch damit zu rechnen, dass der Tourismus während Olympia eher ab- als zunimmt – das haben die Spiele in London 2012 gezeigt.

Wird Olympia auf eine sportliche Großveranstaltung statt auf ein stadtentwicklungspolitisches Großprojekt reduziert, lässt sich über eine ökologisch tragfähige, nachhaltige und finanzierbare Olympiabewerbung diskutieren. Ob sich die Stadt am Ende tatsächlich bewirbt, müssen nach dem Willen aller Fraktionen im Abgeordnetenhaus am Ende die Berlinerinnen und Berliner entscheiden.

www.bund-berlin.de/olympia

Ökologisches stand bislang noch nicht auf dem olympischen Speiseplan



© Sebastian Petrich

Flächenrecycling

Wohnungsbau muss nicht auf Kosten der Stadtnatur gehen

Die Wohnungsnot gerate außer Kontrolle, wenn das Tempelhofer Feld nicht bebaut werde, suggerierte die SPD vor dem Volksentscheid im Mai. Die Mehrheit der Wahlberechtigten ließ sich nicht von dieser vermeintlichen Alternativlosigkeit überzeugen. Und das ist auch gut so – der BUND bedankt sich bei allen, die den Volksentscheid zu einem Erfolg gemacht haben!

Die Frage bleibt aktuell: Wie gelingt es, mehr Menschen mit bezahlbarem Wohnraum zu versorgen, eine Zersiedelung des Umlands zu vermeiden und gleichzeitig die vielen Parks, Kleingärten, Wildniszonen und sonstigen Freiflächen, die für Berlins Attraktivität mitverantwortlich sind, zu erhalten? Zum einen gilt es, den vorhandenen Wohnraum besser zu nutzen. Gegenwärtig zögern viele Menschen, deren Kinder längst ausgezogen sind, in eine kleinere Wohnung zu ziehen, weil sie angesichts stark gestiegener Neumieten keinen finanziellen Vorteil davon haben. Hier ist das Mietrecht gefragt. Auch über eine Förderung des Dachhausbaus könnte die Politik das Wohnungsangebot vergrößern. Vor allem aber muss versiegelte Fläche effizient genutzt werden: Einstöckige Gewerbebauten wie Discounter oder Baumärkte mit riesigen Parkplätzen sind ein Relikt des letzten Jahrhunderts und sollten nicht mehr genehmigt werden dürfen. Diese verschwendeten Flächen gilt es konsequent umzunutzen – statt in die Breite sollen die Häuser in die Höhe wachsen.



Zweimal Flächenverschwendung nebeneinander: Autohandel und leerstehende Krankenhausräume in Neukölln

© Sebastian Petrich

Der BUND hat in einer aktuellen Studie 38 Fälle von Flächenverschwendung dokumentiert, die zusammen auf eine Fläche von rund 97 Hektar kommen. Unter Berücksichtigung der in der Umgebung jeweils vorherrschenden Bebauungsstruktur könnten auf diesen bereits versiegelten Flächen etwa 11.800 neue Wohnungen entstehen. Das sind doppelt so viele, wie der Senat auf dem Tempelhofer Feld bauen lassen wollte.

Download der Studie unter www.bund-berlin.de/baupotenzial

Wenn die Masse kritisch wird

Mehr Radverkehr bedeutet mehr Rechte für den Radverkehr. Dafür sorgt auch die Straßenverkehrsordnung

Über rote Ampeln zu fahren, ist auch für Radfahrer verboten. Immer. Wirklich immer? Die Straßenverkehrsordnung hat einen sehr interessanten, längst nicht allen Verkehrsbeteiligten bekannten Paragraphen. § 27 StVO legt fest, dass 16 oder mehr Radfahrer einen „geschlossenen Verband“ bilden und wie ein einziges Fahrzeug behandelt werden: Wenn das erste Fahrrad des Verbands bei einer grünen Ampel die Kreuzung überquert, gilt das Grün bis zum letzten Rad – ganz egal, ob es 16, 17 oder 5.000 sind. Geschlossene Verbände dürfen von anderen Verkehrsteilnehmern nicht unterbrochen werden, auch wenn diese dadurch die eine oder andere Grünphase verpassen. Radfahrer in geschlossenen Verbänden, auch das regelt § 27 StVO, dürfen nebeneinander fahren, so dass sie nicht überholt werden können. Voraussetzung immer: Man muss zusammenbleiben und für den restlichen Verkehr als Einheit wahrnehmbar sein.

Diesen Paragraphen macht sich die Critical-Mass-Bewegung zunutze, ein Haufen Leute, die sich ohne feste Organisation oder Hierarchie zum gemeinsamen Radfahren versammeln. Das Ziel dabei: Radverkehr soll unübersehbar werden, ein Machtfaktor auf der Straße, der sich nicht mehr wegreinigt oder weghupen lässt. Vor allem aber ist Critical Mass ein unvergessliches Erlebnis und ein großer Spaß. Es ist faszinierend, wie lange Strecken man mit dem Rad in ein oder zwei Stunden zurücklegen kann, wenn nicht dauernd Ampeln zum Halten zwingen. In Potsdam findet Critical Mass regelmäßig am letzten Freitag im Monat (Treffpunkt Luisenplatz, 18:30 Uhr) statt, ebenso in Berlin (Heinrichplatz, 20 Uhr), dort außerdem am ersten Sonntag des Monats (Brandenburger Tor, 14 Uhr).



© Kristoffer Schwietz



Critical Mass: So macht Radfahren auch auf der Hermannstraße Spaß

Warum die Möglichkeiten des § 27 StVO nicht noch häufiger im Alltag nutzen, fragt sich die BUNDjugend und organisiert sogenannte Mitradlegenheiten, also Situationen, in denen mindestens 16 Leute zusammen zu einem bestimmten Ziel radeln. Wer beispielsweise regelmäßig zur FU in Dahlem radelt, könnte künftig in den Genuss einer Mitradlegenheit kommen, vorausgesetzt natürlich, es findet sich die kritische Masse zur Bildung einer Mitradlegenheit.

www.mitradlegenheit.org
www.facebook.com/mitradlegenheit
www.cmpotsdam.blogspot.de
www.critical-mass-berlin.de

Weg da!

Die nun abgeschlossene Zählung von parkenden Autos auf Radspuren zeigt den erwarteten Handlungsbedarf

Was blockiert wann welche Radspur? Das wollten BUND und ADFC von den durch Berlin Radelnden wissen. Von Ende März bis Ende Juni gingen über ein Onlineformular 2.022 „Anzeigen“ ein, die ein oder mehrere auf einer Radspur geparkte Fahrzeuge meldeten. Im Einzelnen handelte es sich um 3.819 private Pkw, 948 gewerbliche Autos, 222 Post- und Kurierfahrzeuge, 120 Taxen, 24 Busse, 19 Dienstfahrzeuge (Polizei, Feuerwehr, Ordnungsamt), zwei ADAC-Fahrzeuge, zwei Mülltonnen, ein Motorrad und einen Rollkoffer. Die meisten Meldungen kamen aus Kreuzberg, 289 Meldungen bezogen sich auf die Schlesische Straße (516 Hindernisse), 169 auf die Köpenicker Straße (329 Hindernisse). Betrachtet man nicht die Zahl der Meldungen, sondern die der jeweils gemeldeten Fahrzeuge, so führt Charlottenburg-Wilmersdorf, 614 Fahrzeuge standen in der Franklinstraße im Weg, 439 in der Uhlandstraße, 386 in der Joachim-Friedrich-Straße. Diese Zahlen spiegeln wider, wie unterschiedlich die Verkehrsmittelwahl in den Bezirken ist: Im alten Westberlin sind weniger Radfahrer als in Friedrichshain-Kreuzberg unterwegs, dafür stoßen sie dort häufiger gleich auf mehrere Radspurblockaden hintereinander. Offensichtlich gehört das Parken auf der Radspur in Charlottenburg-Wilmersdorf eher zum guten Ton als in Gegenden, wo man sich häufiger aufs Rad schwingt. Neben den bereits genannten Straßen gehören Kreuzbergstraße, Alt Moabit, Schlüterstraße, Westfälische Straße und Huttenstraße zu den Straßen, auf denen am häufigsten Radspurblockaden gemeldet wurden.

Fazit dieser Erhebung: Praktisch überall, wo es Radspuren gibt, gibt es auch Autofahrer, die diese Flächen mit Parkplätzen verwechseln. Es reicht nicht aus, eine Markierung auf der Straße anzubringen – ein bisschen Kontrolle muss auch sein. Bisher steht das Ahnden von Parkvergehen auf Radspuren bei Polizei und Ordnungsamt nicht gerade weit oben auf Liste der dringlichen Aufgaben. Das muss sich ändern, allerdings nicht aus Rechthaberei und Spaß am Durchsetzen von Regeln, sondern weil die auf den Radspuren parkenden Autos die Radfahrer immer wieder zu gefährlichen Ausweichmanövern zwingen. Es geht in erster Linie um Sicherheit. Und nebenbei sollen auch nichtmotorisierte Verkehrsteilnehmer die Möglichkeit haben, zügig durch die Stadt zu kommen. Die relativ hohe Zahl an gewerblichen Fahrzeugen macht deutlich, dass der vorhandene Parkraum anders verteilt werden muss: weniger kostenfreie Anwohnerparkplätze, mehr Lieferzonen, auf denen der Wirtschaftsverkehr anhalten kann; eine Forderung, der sich übrigens auch die Industrie- und Handelskammer anschließt.

Meldungen blockierter Radspuren nehmen ADFC und BUND zwar nicht mehr an, wer aber den zum unter der Scheibenwischer stecken geeigneten Kampagnenflyer weiter unter das Auto fahrende Volk bringen möchte, findet ihn unter www.radspuren-frei.de.

Sieben auf einen Streich: Parkende Autos auf den Radspuren in der Joachim-Friedrich-Straße



© Sebastian Petrich

Mitmachen

Radtour

Unter dem Motto „Viva la Pampa“ radeln Jugendliche ab 16 vom Havelland in die Prignitz. Station gemacht wird dabei an Megaställen ebenso wie an Biobauernhöfen, denn das Thema der Tour sind Wege aus der Massentierhaltung. 17.–23.8.2014 www.brandenburg.bundjugend.de

Jugendgruppen leiten lernen

Der Kurs zum Erwerb der JugendleiterInCard (JuLeiCa) beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit Bildungsarbeit an Schulen, dazu mit Erster Hilfe. Berlin 17.–19.10., 24.–26.10. und 21.–23.11.2014 www.berlin.bundjugend.de

Alles Müll?

Mit der Frage, wie sich zum Wegwerfen vorgesehene Stoffe upcyclen lassen, beschäftigt sich die internationale Begegnung mit jungen Leuten aus Frankreich, jeweils fünf Tage in Berlin und in den französischen Alpen. 20.10.–1.11.2014 www.berlin.bundjugend.de

Im Solarboot auf dem Werbellinsee

Das Netzwerk Nachhaltiger Lebensstil, eine Initiative des BUND Brandenburg, macht 42 Angebote für Naturerlebnispädagogik oder Exkursionen zu Modellprojekten für MultiplikatorInnen. Am 27.9.2014 beispielsweise werden auf einem Forschungsschiff mit Glasboden und Unterwasserkamera auf dem Werbellinsee Experimente zur Gewässerökologie unternommen. Die Veranstaltungen werden vom Umweltministerium (MUGV) des Landes Brandenburg gefördert. Alle Termine unter www.bund-brandenburg.de

Wie weiter nach der Europawahl?

Die Energiewende, TTIP und die Bedeutung des Europäischen Parlaments für die Umweltpolitik sind die Themen einer Podiumsdiskussion des BUND mit Berliner EU-PolitikerInnen. 19.9.2014, 18 Uhr, DGB-Haus, Keithstraße 1–3, Berlin-Schöneberg, Anmeldung bis 1.9.2014 bitte unter 030 78790056 oder andreas@bund-berlin.de

Falsche Tonnen melden

Seit Jahresanfang heißen die gelben oder orangen Müllbehälter Wertstofftonnen. In sie gehören nicht nur wie bislang Verpackungen, sondern alle Gegenstände aus Metall, Plastik sowie Verbundstoffe, nicht aber Elektrogeräte, Holz, Textilien oder Datenträger. Weil die Tonnen aber häufig falsch oder gar nicht beschriftet sind, kommt es zu Verwirrung und „Fehlwürfen“. Gehört Ihre Tonne zu den noch nicht neu etikettierten Tonnen? Dann melden Sie sie bitte unter Angabe der genauen Adresse, der BUND leitet die Meldung an die zuständige Entsorgungsfirma weiter. Bitte Nachricht an: abfallcheck@bund-berlin.de

BUND zeichnet Umweltschutz aus

Wer hat sich besonders um Natur und Umwelt in Berlin verdient gemacht? Noch bis zum 8.9.2014 können Personen, Institutionen, Initiativen oder Firmen in den Kategorien Kinder und Jugend, Wirtschaft und Innovation sowie Umweltengagement für den Berliner Umweltpreis nominiert werden. Selbstverständlich darf man sich auch selbst bewerben. Partner des Berliner Umweltpreises sind die BSR, das städtische Immobilienunternehmen STADT UND LAND, die Investitionsbank Berlin (IBB) und die Berliner Wasserbetriebe. www.berliner-umweltpreis.de

Reparieren leicht gemacht

Wegwerfen ist out, immer mehr Verbraucher wollen kaputte Gebrauchsgegenstände wieder zum Funktionieren bringen. Der BUND hilft dabei

Einem neuen Toaster gibt es für 4,99 Euro im Elektrodiskounter neu zu kaufen. Warum dann die defekte Brotkrümmmaschine reparieren? Ganz einfach. Weil das die Müllberge langsamer wachsen lässt, den Ressourcenverbrauch senkt, den Verbrauchern ein bisschen Kontrolle über die Lebensdauer ihrer Konsumgüter zurückgibt. Und weil es Spaß macht, der Wegwerfgesellschaft ein Schnippchen zu schlagen. All dies ist mit Geld nicht zu bezahlen.

Aber was tun, wenn die eigenen Reparaturfähigkeiten nicht ausreichen? Die Lösung heißt Repair Café und kommt ursprünglich aus den Niederlanden. Die Grundidee: Elektrikerinnen, Schreiner, Mechanikerinnen oder einfach Menschen mit einem Hang zum Basteln und Tüfteln opfern ein paar Stunden ihrer Freizeit, um Gegenstände zu reparieren, die andere ihnen bringen. Rein ehrenamtlich, ohne kommerzielle Interessen und ohne Erfolgsgarantie. Auch wenn es sich oft um Profis handelt, verstehen die Experten ihr Tun nicht als Dienstleistung, sondern als Hilfe zur Selbsthilfe. Die Besitzer der Gegenstände werden in den Reparaturprozess einbezogen, übernehmen kleinere Aufgaben und profitieren vor allem vom Wissenstransfer. Einfach den kaputten Reißverschluss oder die nicht mehr schneidende Schere abgeben und später wieder abholen – das funktioniert nicht im Repair Café, schließlich ist es keine professionelle Werkstatt.

Apropos professionell: Was halten eigentlich diejenigen, die davon leben, Dinge wieder funktionsfähig zu machen, von kostenlosen Reparaturen? Die Reaktionen fallen eher positiv aus, denn die Repair Cafés tragen dazu bei, das Prinzip des Reparierens wieder populär zu machen, ohne dabei eine wirkliche Konkurrenz darzustellen. Reparieren ist wieder in. Vergangenen Herbst zeichnete der BUND das erste Berliner Repair Café mit dem Berliner Umweltpreis aus, mittlerweile haben schon acht Initiativen in verschiedenen Bezirken ein Repair Café ins Leben gerufen.

Politiker in der Umweltverträglichkeitsprüfung

Was sagen die Parteien vor der Landtagswahl am 14. September zu den wichtigsten umweltpolitischen Fragen?

Rechtzeitig vor der Wahl hat der BUND die Wahlprogramme der fünf im Landtag vertretenen Parteien analysiert und ihre Direktkandidaten in den 44 Wahlkreisen zu ihrer Haltung zu verschiedenen umweltpolitischen Themen befragt. Ergänzt wurde der Katalog durch Fragen zu lokalen Umweltproblemen in den einzelnen Wahlkreisen. Zwei Themen sind dem BUND dabei besonders wichtig.

Das erste große Thema ist die Braunkohleverstromung. Der BUND möchte von allen, die sich um ein Mandat im neuen Landtag bewerben, wissen, ob sie sich für einen sozialverträglichen Ausstieg aus der Braunkohleverstromung bis 2040 aussprechen, um die Dörfer Proschim, Atterwasch, Grabko und Kerkwitz vor der Abbaggerung zu bewahren. Unklare Positionen kann man hier nicht durchgehen lassen, schließlich ist die Verabschiedung des Braunkohlenplans Welzow-Süd II durch die rot-rote Landesregierung eine große Enttäuschung.

Das zweite wichtige Thema ist Massentierhaltung in Brandenburg. Das Aktionsbündnis Agrarwende Berlin-Brandenburg, dem auch der BUND angehört, hat im März die Volksinitiative „Stopp Massentierhaltung!“ gestartet und innerhalb kürzester Zeit weit mehr als die erforderlichen 20.000 Unterstützungsunterschriften gesammelt. Das Thema kommt an! Dennoch hat das Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz eine Mastanlage für 36.000 Schweine im uckermärkischen Haßleben genehmigt. Der BUND und drei weitere Vereine haben dagegen Widerspruch eingelegt. Unsere Frage: „Unterstützen Sie die Forderung, dass nur noch eine artgerechte Tierhaltung gefördert werden soll und das Immissionsschutzrecht so geändert werden muss, dass Menschen und Ökosysteme vor Belastungen aus der industriellen Landwirtschaft geschützt werden?“



Da staunen die Laien und die Fachleute freuen sich: Repair Café in der BUND-Landesgeschäftsstelle

Die Veranstaltungen finden in der Regel ein bis zwei Mal im Monat an bestimmten Wochentagen statt. Auch der BUND ist Gastgeber eines Repair Cafés. Jeden dritten Montag im Monat verwandelt sich die Landesgeschäftsstelle in Schöneberg zur Reparaturwerkstatt. Die Bilanz des ersten Treffens in diesem Sommer: Etwa 70 Prozent der Reparaturen verliefen erfolgreich, 15 Besucher warteten geduldig, bis die sechs Experten sich ihrer Problemfälle annehmen konnten. Der Star des Abends war ein alter Teigriührer im typischen 70er-Jahre-Orange.

Wer mit seinen kaputten Dingen zum Repair Café des BUND kommen und nicht allzu lang warten oder gar vergeblich da sein möchte, sollte sich besser anmelden. Das ist außerdem hilfreich, um möglicherweise das benötigte Material und Werkzeug vorab organisieren zu können. Der Begriff Repair Café ist übrigens durchaus wörtlich zu nehmen, denn die Reparaturen finden in lockerer Atmosphäre bei Kaffee und Kuchen statt.

Repair Café beim BUND: dritter Montag im Monat, 18–21 Uhr, Landesgeschäftsstelle Crellestraße 35, Berlin; Kontakt: 030 78790060, repaircafe@bund-berlin.de

Weltweite Übersicht der Repair Cafés: www.repaircafe.org

Der Berliner Reparaturatlas von Radio 88,8 listet Fachgeschäfte und Werkstätten mit Reparaturservice auf: www.kurzlink.de/reparaturatlas

Wie die Kandidatinnen und Kandidaten in der Umweltverträglichkeitsprüfung abgeschnitten haben und was von den Wahlprogrammen der Parteien zu halten ist, erfahren Sie unter www.bund-brandenburg.de/wahl

Eine Möglichkeit, ins direkte Gespräch zu kommen, ist die Diskussionsveranstaltung des BUND mit den umweltpolitischen Sprecherinnen und Sprechern der Parteien auf dem Umweltfest im Volkspark Potsdam am 7. September.

Hat der Umweltschutz im neuen Landtag Verbündete?



© BUND Brandenburg



Deulowitzer See



Eisvogel mit Fisch im Schnabel

© pixhooter/PIXELO

Gottes Werk und Teufels Beitrag

Wie sieht die Landschaft zwischen Guben und Cottbus aus, die Vattenfall einem weiteren Braunkohletagebau opfern will?

Irritiert mustert der Besucher das Ufer des Deulowitzer Sees mit seinem feinen Sandstrand, dem Bootsverleih, dem Naturpfad und dem kleinen Campingplatz, der in einen Laub- und Kiefernwald übergeht. Diese kleine Perle soll verschwinden? Die Leute aus Guben und den Dörfern zwischen Neißer und Schlaubetal lieben ihr „Deulomeer“. Dieser Natursee ist das mit Abstand klarste Gewässer der Region, auch bei Anglern steht es hoch im Kurs. Der See ist ebenso wie die östlich aufsteigende Endmoräne Kaltenborner Berge ein Ergebnis der letzten Eiszeit. Die Gletscher, die das Land damals bedeckten, müssen ein gewaltiges Gewicht gehabt haben, denn sie drückten die riesigen Bäume, die von Sedimenten bedeckt unter ihnen abgestorben lagen, zu gewaltigen Kohleflözen zusammen, die nun viele Meter tief unter der Erde liegen. Im Tagebau Jänschwalde, der wenige Kilometer südlich des Deulowitzer Sees beginnt, lagert die Kohleschicht rund 90 Meter unter der Erde. Wer an sie ran will, muss tief graben und eine Menge Abraum auftürmen. Den schwedischen Staatskonzern Vattenfall schreckt das nicht. Ihn schreckt auch nicht, dass für den neuen 3.164 Hektar großen Tagebau „Jänschwalde Nord“, den er sich hier genehmigen lassen möchte, neben dem Deulowitzer See auch Felder, Wiesen, Wälder, Moore und die drei sorbischen Dörfer Kerkwitz (Kerkojce), Atterwasch (Wótsowaš) und Grabko (Grabk) von der Erdoberfläche verschwinden müssen.

Gott hat die Lausitz geschaffen, aber der Teufel hat darunter die Kohle versteckt, lautet ein sorbisches Sprichwort. Es lohnt sich, einmal mit eigenen Augen anzusehen, was hier kaputtgebagert werden soll. Der rund 16 Kilometer lange Spaziergang entlang der Grundlinien des Dreiecks Kerkwitz–Atterwasch–Grabko beginnt am Bahnhof Kerkwitz und führt über die Sträßchen „Seeweg“ und „Ziegelei“ zum Deulowitzer See. Den Pfaden am Waldrand oder der Straße „Am See“ folgend geht es nach Atterwasch. Wie in den beiden anderen Dörfern fallen Plakate und Schilder auf, auf denen die Einheimischen ihren Willen bekunden, Haus und Hof zu behalten.

An dem winzigen Straßendriek im Dorfkern verlassen wir Atterwasch Richtung Norden und erreichen am Schwarzen Fließ die Grenze des geplanten Tagebaus Jänschwalde Nord. Ab hier wäre dann die Welt wieder in Ordnung? Wohl kaum. Braunkohle muss trocken gefördert werden, das macht das Absenken des Grundwassers nötig. Sollte keine mehr als 100 Meter tiefe Dichtwand das Tagebaugelände von der Umgebung trennen – und diese Situation droht hier –, dann sinkt der Grundwasserpegel weiträumig. Für die als FFH-Gebiet gemeldeten Feuchtwiesen Atterwasch wäre das das Ende. Die Feuchtwiesen mit ihren fischreichen Teichen, den kleinen Inseln und der vielfältigen Gewässerrandvegetation beherbergen zahlreiche seltene Arten wie Eisvogel, Seeadler, Neuntöter oder Moorfrosch sowie einige Orchideen.

Am Vorwerk Bärenklau verlassen wir das Schwarze Fließ und folgen dem kleinen Wasserlauf mit dem schönen Namen Pferdeschmuge, der alsbald als Seegraben in südwestlicher Richtung nach Grabko führt. Etliche Dorfbewohner, aus unerfindlichen Gründen „Grabscher“ genannt, genießen das Privileg, von ihren Gärten am östlichen Ortsrand die Grabkoer Seewiesen beobachten zu können, wo regelmäßig Kraniche über ihrem Nachwuchs brüten. Der Name Seewiesen verweist auf den Grabkoer See, dessen Wasser im 18. Jahrhundert über den Seegraben in das Schwarze Fließ abgelassen wurde, um mehr Weidefläche zu schaffen. Heute bilden die Seewiesen zusammen mit den Mooren Maschnetzlauch und Torfteich das FFH-Gebiet „Pastling Erweiterung“. Für ihren guten Zustand ist paradoxerweise Vattenfall verantwortlich: Das Unternehmen muss einen hohen Aufwand treiben, um die Moore vor der Grundwasserabsenkung zu schützen, die es im nahegelegenen Tagebau Jänschwalde selbst verursacht hat.

Den Bahnhof Kerkwitz erreicht man von Berlin aus mit Umsteigen in Frankfurt oder Cottbus in rund zwei Stunden. *sp*

ÖKOTIPP

Kohle nur noch zum Grillen

Muss man auf das Grillen verzichten, um aus dem Braunkohletagebau auszusteigen? Eigentlich nicht, denn gegrillt wird in der Regel mit Holzkohle. Aber Vorsicht: Nur wo Holzkohle draufsteht, ist mit Sicherheit Holzkohle drin, denn immer gelangen besonders günstige „Grillkohle“ oder „Grillbriketts“ in den Handel, die Braunkohle enthalten. Die ist nicht nur in der Herstellung (Tagebau und „Veredelung“) eine unappetitliche Angelegenheit, sondern auch beim Verbrauch. Sie wird langsamer als Holzkohle heiß, setzt aber ein Vielfaches an Schwefel frei. Ob es sich bei Briketts um Braunkohle handelt, kann man an der Asche erkennen: Braunkohleasche ist nicht grau, sondern gelblich.

Aber Holzkohle ist nicht gleich Holzkohle. Nur der kleinste Teil der Holzkohle kommt aus heimischer Produktion, der überwiegende stammt aus Lateinamerika. Wie will man da ausschließen, dass es sich um Tropenhölzer handelt, dass man mit dem Kauf sogar die Zerstörung der Regenwälder unterstützt? Das FSC-Siegel (FSC steht für Forest Stewardship Council) bietet eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass das verkohlte Holz aus nachhaltiger Waldwirtschaft stammt.

Übrigens: Falls Sie die Forderung „Kohle nur noch zum Grillen“ teilen, können Sie ein T-Shirt mit diesem Slogan erwerben. Sie unterstützen damit die Arbeit des Arbeitskreises Klima und Energie beim BUND Berlin. www.kohle-nur-noch-zum-grillen.de

Bei der Ökobilanz kommt es vor allem darauf an, was auf dem Grill liegt



© lokamw/PIXELO

Mitmachen

Bibersafari im Oberspreewald

Die rund siebenstündige Kanoutour (inkl. Pause) führt unter fachkundiger Leitung der Biberexpertin Anke Willharms durch das Naturschutzgebiet „Innerer Oberspreewald“, Lübbenau, 23.8.2014, Teilnahmebeitrag inkl. Kanumiete: 38 € (Kind: 28 €) www.biberfuehrungen.de

Auf den Spuren der Berliner Biber

Ein Spaziergang am Tegeleer See widmet sich der Biologie, der Lebensweise und den Spuren des Großstadtbibers. Berlin-Tegele, 20.9.2014, 17–18:30 Uhr, Teilnahmebeitrag: 6 € (Kind: 3 €), www.biberfuehrungen.de

Staudenmarkt

Unter dem Motto „Blüten in Mehrweiden“ lädt der Berliner Staudenmarkt ein, ungenutzte Baumwollstoffe wie alte Laken oder Tischdecken mitzubringen, aus denen vor Ort Baumwolltragetaschen für den Pflanzentransport hergestellt werden. Der BUND präsentiert an seinem Stand den Berliner Fahrradstadtplan und berät in Abfallfragen. Botanischer Garten, 6./7.9.2014, jeweils 9–18 Uhr. www.berliner-staudenmarkt.de

Bahnbrechende Natur

Anderthalbstündige Führung von Detlev Dahlmann durch das Schöneberger Südgelände, wo sich eine einzigartige Stadtnatur auf einem ehemaligen Rangierbahnhof entwickelt hat. 7.9.2014, 14:30 Uhr, Treffpunkt: Haupteingang Südgelände (S-Bahnhof Priesterweg), Teilnahmebeitrag: 7,50 € (Kinder unter 12 kostenlos), Park Eintritt: 1 €. Anmeldung unter 030 45023189 oder gartengestaltung@detlev-dahlmann.de

Wo die Wölfe wohnen

Exkursion in den Wildpark Schorfheide, in dessen Gehege zwei Wolfsrudel leben. Zu laufende Strecke: 10 Kilometer, bitte Fernglas mitbringen. 12.10.2014, 9:40–18:10 Uhr, Teilnahmebeitrag 20,60 € (ermäßigt 11,80 €), www.kurzlink.de/vhs

Mitmachen

Fotowettbewerb

Noch bis zum 30.9.2014 ruft der BUND dazu auf, Bilder von Mooren in Brandenburg einzuschicken. Mitmachen kann, wer hobbymäßig fotografiert und maximal vier Bilder einsendet, die jünger als zwei Jahre sind. Es gibt tolle Preise zu gewinnen, die von der Naturstiftung DAVID gesponsert werden. www.bund-brandenburg.de/moorschutz

Pilzwanderungen in und um Berlin

Lernen Sie bei Exkursionen durch den Tiergarten, den Volkspark Rehberge und in Wandlitz unter Anleitung des Pilzsachverständigen Dirk Hamel genießbare von ungenießbaren Pilzen zu unterscheiden. Bitte mitbringen: Korb, Messer, Pinsel. 24.8.2014, 10–13 Uhr, Treffpunkt: Afrikanische Straße/Otawistraße, Teilnahmebeitrag: 12 € (BUND-Mitglieder/ermäßigt: 9 €) 30.8.2014, 10–13 Uhr, Treffpunkt: Tiergartenstraße/Herbert-von-Karajan-Straße, Teilnahmebeitrag: 12 Euro (BUND-Mitglieder/ermäßigt: 9 €) 31.8.2014, 9:40–13:40 Uhr, Treffpunkt: Bahnhof Schönwalde (RB 27), Teilnahmebeitrag: 16 € (BUND-Mitglieder/ermäßigt: 12 €) Anmeldung unter 030 78790000 oder www.pilz-seminare.de

BUND-Apfelsaft

Gutes trinken und dabei Gutes tun: Noch gibt es Apfelsaft von der Stahnsdorfer BUND-Streuobstwiese. Ein 3-Liter-Karton kostet 6 €, ein 5-Liter-Karton 9 €, zwei 3-Liter-Kartons 10 € und zwei 5-Liter-Kartons 16 €. Der Erlös fließt in die Arbeit des BUND. Da die Kartons wiederverwendbar sind, können Sie sie uns gern zurückgeben. Verkauf nur in der BUND-Landesgeschäftsstelle, Crellestraße 35, Berlin-Schöneberg, Öffnungszeiten: Montag, Dienstag und Donnerstag 10–13 Uhr und 14–17 Uhr sowie Mittwoch und Freitag 10–13 Uhr.

Herausgeber

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Landesverband Berlin e.V. Crellestr. 35 10827 Berlin www.BUND-Berlin.de und Landesverband Brandenburg e.V. Friedrich-Ebert-Str. 114a 14467 Potsdam www.BUND-Brandenburg.de

Kontakt

Tel. 030 787900-0 E-Mail: redaktion@BUNDzeit.de www.BUNDzeit.de

Redaktion

Sebastian Petrich (sp) Carmen Schultze (cs) V.i.S.d.P.

Marketing

Thorsten Edler Vertriebsunterstützung: primeline.berlin gmbh Marienburger Straße 16 10405 Berlin

Anzeigen

Tel. 030 787900-42 E-Mail: anzeigen@BUNDzeit.de

Druck

NEEF + STUMME premium printing GmbH & Co. KG Schillerstraße 2 29378 Wittingen

Gestaltung

sujet.design www.sujet.de/sign

Erscheinungsweise: vierteljährlich, der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten

Auflage

30.000 Gedruckt auf Ultra Lux semiglos, 100% Recycling

Die nächste BUNDzeit erscheint Ende Oktober 2014. Anzeigenschluss ist der 19. September 2014.

Spendenkonto

BUND Berlin Bank für Sozialwirtschaft IBAN: DE51 1002 0500 0003 2888 00 BIC: BFSWDE33BER

BUND Brandenburg GLS Bank IBAN: DE24 4306 0967 1153 2782 00 BIC: GENODEM1GLS

Erbschaften an den BUND sind nach §13 ErbStG von der Erbschaftssteuer befreit. Fordern Sie unsere Informationsmaterialien an: erbschaftsratgeber@BUND-Berlin.de



Menschenkette gegen Kohlewahn

Nicht nur in der Lausitz zerstört die Gier nach Braunkohle die Landschaft. Die polnische Regierung plant einen neuen Tagebau mitsamt einem neuen Braunkohlekraftwerk direkt an der westlichen Staatsgrenze. Zwischen dem Grenzübergang Schlagsdorf/Gubinek südlich von Gubin und Markosice soll sehr dicht an der Neiße gebaggert werden. Das zu verwüstende Gebiet ist gigantische 10.363 Hektar groß, das entspricht etwa der Fläche der beiden aktiven Brandenburger Tagebaue Jänschwalde und Cottbus-Nord zusammen. Weil die Kohleschicht besonders weit unten liegt, muss 140 Meter tief gegraben werden, bei den Tagebauen auf deutscher Seite waren es bisher „nur“ 120 Meter. Von den Plänen sind rund 60 Dörfer, drei Natura-2000-Gebiete, zwei Landschaftsschutzgebiete und ein Waldreservat betroffen. In der bisher landwirtschaftlich geprägten Region sind obendrein Seeadler heimisch.

Wie ihre Schicksalsgenossen auf der anderen Seite der Neiße wehren sich viele Anwohner der Großgemeinden Gubin und Brody gegen den Tagebau. Als sich in einem lokalen Volksentscheid eine Mehrheit gegen die Kohlepläne aussprach, ignorierte die Warschauer Regierung das Referendum. Es ist höchste Zeit, unseren Nachbarn zur Hilfe zu kommen. Am 23. August 2014 wird auf beiden Seiten der Grenze gegen die Pläne von Vattenfall links der Neiße und des staatlichen Konzerns PGE rechts der Neiße protestiert. Eine Menschenkette verbindet die beiden von der „Absiedelung“ bedrohten Dörfer Kerkwitz und Grabice.

Haken Sie sich in die Kette ein! Alle Details unter www.humanchain.org



Braunkohle in Zahlen

Fläche der derzeit betriebenen Braunkohletagebaue in Brandenburg ...

... Jänschwalde, in Hektar: 7.996 ... Welzow-Süd I, in Hektar: 9.000 ... Cottbus-Nord, in Hektar: 2.700

Fläche der von Vattenfall in Brandenburg geplanten Braunkohletagebaue ...

... Welzow-Süd II, in Hektar: 1.909 ... Jänschwalde-Nord, in Hektar: 3.164

Fläche der stillgelegten („ausgekohlten“) Braunkohletagebaue in Brandenburg ...

... in Hektar: 33.141

Fläche in der Lausitz, die aus Sicherheitsgründen nicht betreten werden darf, ...

... inklusive sächsische Lausitz, in Hektar: 19.830

Steuergeld, das seit 1990 für die Sanierung der stillgelegten ostdeutschen Braunkohletagebaue ausgegeben wurde, ...

... in Euro: 9.200.000.000

Geld, das Vattenfall für eine spätere Sanierung der heute betriebenen Tagebaue in der Lausitz zurückgelegt hat, ...

... in Euro: 0

Eine Kilowattstunde Braunkohlestrom kostet in Berlin ...

... bei Vattenfall (Monatsgebühr 6,50 Euro), in Cent: 26,42

Eine Kilowattstunde „Ökostrom“ (überwiegend hergestellt in längst abgeschriebenen Wasserkraftwerken) kostet in Berlin ...

... bei Vattenfall (Monatsgebühr 8,00 Euro), in Cent: 26,62

Eine Kilowattstunde echter Ökostrom (Gewinne fließen in den Ausbau erneuerbarer Energiequellen) kostet bundesweit ...

... bei EWS Schönau („Stromrebell“, Monatsgebühr 6,90 Euro), in Cent: 26,75 ... bei Lichtblick (Monatsgebühr 8,95), in Cent: 26,76 ... bei Naturstrom (Monatsgebühr 7,95), in Cent: 26,95 ... bei Greenpeace Energy (Monatsgebühr 8,90 Euro), in Cent: 27,65

Die in Deutschland (2012) verbrauchte Primärenergie stammt aus ...

... Mineralöl, in Prozent: 33,0 ... Erdgas, in Prozent: 21,5 ... Steinkohle, in Prozent: 12,9 ... Braunkohle, in Prozent: 12,0 ... erneuerbaren Energien, in Prozent: 11,6 ... Atomenergie, in Prozent: 7,9 ... sonstigen Quellen, in Prozent: 1,3

CO₂-Ausstoß bei der Stromproduktion je Kilowattstunde ...

... bei Erdgas, in Gramm: 202 ... bei Steinkohle, in Gramm: 339 ... bei Braunkohle, in Gramm: 404

Der Ausstoß von CO₂-Äquivalenten in Deutschland (2011) stammt aus ...

... Energiewirtschaft, in Millionen Tonnen: 354 ... Haushalten/Kleinunternehmen, in Millionen Tonnen: 124 ... Verkehr, in Millionen Tonnen: 157 ... Industrie, in Millionen Tonnen: 115

Quellen: Landesregierung Brandenburg, Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft, Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen, Umweltbundesamt

Ich will die Arbeit des BUND unterstützen.

Ja, ich möchte Mitglied werden und wähle folgenden Jahresbeitrag:

- Einzelmitglied (mind. 50€)
- Familie (mind. 65€)
- Ermäßigt (mind. 16€)
- Lebenszeitmitglied (einmalig mind. 1.500€)

Name/Vorname _____
 Straße _____
 PLZ/Ort _____
 Geburtsdatum (TT.MM.JJJJ) _____
 Telefon (wenn Sie möchten) _____
 E-Mail (wenn Sie möchten) _____

Ich will den E-Mail-Newsletter des BUND Berlin erhalten.

Bitte ziehen Sie den Beitrag ab dem _____
 monatlich vierteljährlich halbjährlich jährlich
 bis auf Widerruf von meinem Konto ein.

Jedes Neumitglied erhält als Begrüßungsgeschenk einen 5-Liter-Karton Apfelsaft von der BUND-Streuobstwiese Stahnsdorf. Den Saft gibt es für SelbstabholerInnen gegen Vorlage dieses ausgefüllten Coupons in der BUND-Landesgeschäftsstelle Crellestraße 35, Berlin-Schöneberg (kein Versand).

KontoinhaberIn _____
 IBAN (oder Konto-Nr.) _____
 BIC (oder Bankleitzahl) _____
 Geldinstitut/Ort _____

Datum/Unterschrift (Bei Minderjährigen Unterschrift des/der Erziehungsberechtigten)
 BUND Gläubiger-ID: DE34ZZZ00000103826

Mit Ihrer Unterschrift erteilen Sie dem BUND ein SEPA-Lastschriftmandat mit dem Sie gleichzeitig Ihre Bank anweisen, die vom BUND auf Ihr Konto gezogene Lastschrift einzulösen. Die Bestätigung und alle notwendigen Informationen (insbesondere Kontaktdaten sowie die Zusammenfassung der Zahlungsinformationen) erhalten Sie mit Ihrem Begrüßungspaket.
 Der Widerruf ist jederzeit und ohne Angabe von Gründen möglich. Ihre persönlichen Daten werden elektronisch erfasst und können – gegebenenfalls durch Beauftragte des BUND e. V. – auch zu Informations- und Werbezwecken für die Umwelt- und Naturschutzarbeit des BUND genutzt werden. Ihre Daten werden selbstverständlich nicht an Dritte weitergegeben.

BUNDzeit 07/2014

Bitte schicken Sie die ausgefüllte und unterschriebene Beitrittserklärung an:

BUND Berlin • Crellestr. 35 • 10827 Berlin • Fax 030 78790018 • kontakt@bund-berlin.de
 BUND Brandenburg • Friedrich-Ebert-Str. 114a • 14467 Potsdam • Fax 0331 23700145 • bund.brandenburg@bund.net

